

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
17. Sitzung

Berlin, den 05.03.2012, 15:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 4.900
(Europasaal)

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 8

Zwischenbericht der Projektgruppe 2:
"Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators"

Tagesordnungspunkt 2 S. 38

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 21. Mai 2012
"Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland unter besonderer
Berücksichtigung der Rolle der Unternehmen"

Tagesordnungspunkt 3 S. 39

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 4 S. 42

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 5. März 2012, 15:00 Uhr

Anwesenheitsliste


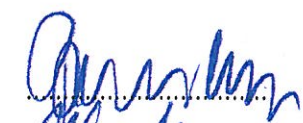
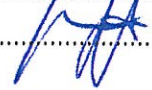

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias		Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid		Heil (Peine), Hubertus
Bulmahn, Edelgard	Högl Dr., Eva
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael
Bögel, Claudia	Sänger, Björn
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine		Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 5. März 2012, 15:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Andreae, Kerstin 	Gambke Dr., Thomas	
Ott Dr., Hermann 	Wilms Dr., Valerie	

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver



Bracht van, Georg



Brand Prof. Dr., Ulrich

.....

Carstensen Prof. Dr., Kai

.....

Enderlein Prof. Dr., Henrik



Habisch Prof. Dr., André

.....

Hexel, Dietmar



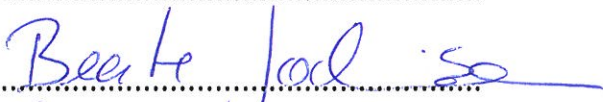
Hölz Prof., Hanns Michael

.....

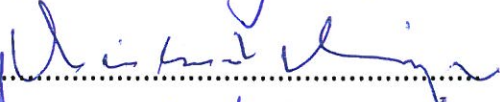
Jänicke Prof. Dr., Martin

.....

Jochimsen Prof. Dr., Beate



Miegel Prof. Dr., Meinhard



Müller, Michael




Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz



Reuter Dr., Norbert



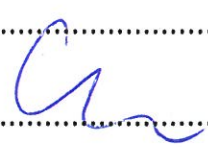
Schmidt Prof. Dr., Christoph



Schneidewind Prof. Dr., Uwe

.....

Wagner Prof. Dr., Gert



04.

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 5. März 2012, 15:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Seitz, Giskind SPD/Grüne f. Seitz

~~Michaela Schmitt~~

Alexander Amersbayer M sfp

S. Vioha Bodo A. Bone M

Kenia Delacour Willem TdB L. Steff

Alexander Mishin CDU/CSU S. Glöckler

M. Quallhoff Linke U. Hoff

Schwefel FDP T. Hoff

Berhardt FDP J. Berhardt

Beginn der Sitzung: 15.06 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) heißt alle Anwesenden zur heutigen Sitzung herzlich willkommen. Die Sitzung sei eigentlich für den 27. Februar 2012 geplant gewesen, jedoch durch die Entscheidung über die Griechenlandhilfe im Bundestag verschoben worden. Sie dankt für das Verständnis für die Verschiebung. Sie weist ferner auf die Öffentlichkeit der Sitzung und die Übertragung im Parlamentsfernsehen hin.

Sie gratuliert sodann Abg. Steffen Bilger (CDU/CSU), Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) sowie Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) nachträglich zum Geburtstag.

Dem schließt sich Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) an und gratuliert der Vorsitzenden Daniela Kolbe (SPD) zu deren Geburtstag. Er wünscht ihr insbesondere die Lebensqualität, die aus der erfolgreichen Arbeit der Kommission resultieren könne.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) verweist auf den im Anschluss stattfindenden Bürgerchat, an dem sie und Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) teilnehmen werden. Sie hofft dabei auf eine gute Resonanz, da dies einen kleinen Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung und lebendiger Demokratie darstelle.

Zudem berichtet sie über das Obleutegespräch vom 7. Februar 2012. Daneben sei am 14. Februar 2012 eine Telefonkonferenz der Obleute erfolgt. Dabei habe man sich darauf verständigt, dass die Projektgruppe 1 am 23. April 2012 und die Projektgruppe 3 am 07. Mai 2012 ihre Ergebnisse vortragen würden. Am morgigen Tag träfen sich nochmals die Obleute, da aufgrund vieler Absagen die Klausur der Projektgruppe 1 nicht stattgefunden habe.

An dieser Stelle äußert sie die Bitte, die persönliche Teilnahme der einzelnen Mitglieder an den Projektgruppensitzungen sicherzustellen, damit der Verzug hinsichtlich der Vorstellung der Berichte der Projektgruppen 1 und 3 nicht zu groß werde.

Sodann macht sie Erläuterungen zum heutigen Sitzungsverlauf.

Tagesordnungspunkt 1

Zwischenbericht der Projektgruppe 2:

"Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators"

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) stellt sodann den Zwischenbericht der Projektgruppe 2 vor. Sie erwähnt namentlich die Mitglieder, die an der Erstellung dieses Berichts beteiligt waren: Abg. Florian Bernschneider (FDP), Ingrid Arndt-Brauer (SPD), Daniela Kolbe (SPD), Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sabine Leidig (DIE LINKE.) sowie die SV Prof. Dr. Beate Jochimsen, Prof. Dr. Meinhard Miegel, Prof. Dr. Christoph Schmidt, Prof. Dr. Gert G. Wagner sowie Herr Braakmann vom Statistischen Bundesamt und Herr aus dem Moore vom RWI.

Das übergeordnete Thema der Projektgruppe 2 seien die (Wohlstands-) Indikatoren gewesen. So habe man sich im Verlauf des vergangenen Jahres vor allem über bereits bestehende Indikatorensätze und diesbezügliche Überlegungen informiert. Dies sei eine ‚Mammutaufgabe‘ gewesen, da es bereits sehr viele gute und weiterführende Überlegungen und Vorarbeiten gebe, so dass der Anspruch an die Resultate der Arbeit der Enquete-Kommission relativ hoch ausfalle. Am Anfang der Arbeit der Projektgruppe 2 sei ein Gutachten sowie eine Kurzexpertise in Auftrag gegeben worden. Das Gutachten sollte mit repräsentativer Qualität deutlich herausarbeiten, welche Informationen und Indikatoren von Politikern auf kommunaler Ebene, auf Länder-, Bundes- oder Europaebene berücksichtigt würden. Dieses Gutachten sei dem Zwischenbericht angefügt. Ferner habe eine Kurzexpertise untersucht, welche Anforderungen ein möglicher Indikator oder Indikatorensatz hinsichtlich seiner Kommunizierbarkeit erfüllen müsse. Als Quintessenz aus diesem Gutachten könne man folgern, dass man sich zum Zwecke der besseren Kommunizierbarkeit auf sehr kurze Ausführungen bei Inkaufnahme eines Qualitätsverlustes beschränken müsse, um die Hauptbotschaft besser zu transportieren. Zudem habe man sich mit bereits bestehenden Studien auseinander gesetzt, so zum Beispiel mit einer OECD-Studie, dem Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI), mit Daten des Gallup-Instituts, mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und dem Problem der Kommunizierbarkeit über das Bundeskanzleramt und das Statistische Bundesamt. Darüber hinaus hätten Anhörungen diverser universitärer Experten stattgefunden. Unter Punkt 1.4 des schriftlichen Zwischenberichtes mit dem Titel „Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse“ habe die Projektgruppe zudem einen ersten Vorschlag

unterbreitet. Man habe sich zum Beispiel damit auseinandergesetzt, ob man zu einem aggregierten Index wählen solle, der sehr viel mehr umfasse als bisher. Dieser könne beispielsweise aus Aspekten wie der Lebenserwartung, einer 80/20-Einkommensverteilung, der Ressourceneffizienz oder der ökologischen Belastung bestehen. In Abwägung und aufgrund der vorhandenen Datenlage habe man sich jedoch darauf geeinigt, dass ein einzelner Wert wohl nicht aussagekräftig genug sei, wenngleich die Medien einen einzelnen Wert mit Blick auf die Kommunizierbarkeit als Optimum bevorzugen würden. Statt einen aggregierten Wert zu erzeugen, wolle man in möglichst wenigen Dimensionen verschiedene Aspekte des Wohlstands abbilden, um der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass der Wohlstand einer Gesellschaft nicht allein in der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes liege, sondern auch sehr wohl die gesundheitliche Situation, die Teilhabe an Freiheit, die Ressourcenverantwortung oder auch die finanzielle Verantwortung mitberücksichtigt werden müssten. Frau Vogelsang schlägt demzufolge vor, dass sich die Projektgruppe 2 aufgrund dieses Ergebnisses in den nächsten zehn bis zwölf Monaten mit einzelnen Indikatoren innerhalb der zu unterscheidenden Dimensionen beschäftige, um vier bis fünf in der Öffentlichkeit gut kommunizierbare Werte zu erlangen. Die Veränderungen dieser Indikatoren könne sehr gut beobachtet werden, wodurch man Rückschlüsse auf die Verfasstheit einer Volkswirtschaft, insbesondere unserer Volkswirtschaft, erzielen könne.

Innerhalb der ersten Dimension wolle man den materiellen Wohlstand dahingehend messen und prüfen, ob das Bruttoinlandsprodukt den maßgeblichen Indikator darstelle oder noch zu ergänzen sei. Die Dimensionen zwei bis fünf beinhalteten die bereits genannten Punkte, bei denen man sich mit konkreten Indikatoren beschäftigen wolle, von denen einige mit einer Warnlampenfunktion ausgestattet werden sollten. Eine eventuelle Zustimmung innerhalb der gesamten Enquete-Kommission stoße auf Dankbarkeit innerhalb der Projektgruppe 2. Die Festlegung der einzelnen Indikatoren erfordere keine generelle Zustimmung der Gesamt-enquete. Dabei werde es naturgemäß Unstimmigkeiten in Form von Mehrheits- und Minderheitsvoten geben, die die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im parteipolitischen Gefüge und in der Gesellschaft wiedergäben. Dennoch sollte die Bearbeitung und Festlegung der Dimensionen mit dem Plenum abgesprochen werden, und möglicherweise nach zwei Sitzungen eine Zusammenfassung zu den jeweiligen Indikatoren innerhalb einer Dimension zur Verfügung gestellt werden.

Aufgrund guter Argumente auf beiden Seiten habe man sich bisher auf eine Betrachtungsweise des Nachhaltigkeitsaspektes noch nicht geeinigt. Fraglich sei, ob man Nachhaltigkeit als eine tragende Dimension innerhalb des Indikatorensets aufgegriffen sehen wolle oder ob die Betrachtung der Nachhaltigkeit innerhalb jeder einzelnen Dimension gesondert erfolge. Diesbezüglich werde man sich aber ihrer Meinung nach schnell einig werden und danach eine Lösung präsentieren.

Schließlich zieht sie ein Fazit aus der Arbeit der Projektgruppe 2. Eine aggregierte Zahl aus vielen Indikatoren erscheine nicht zielführend. Eine sehr eng begrenzte Zahl an Dimensionen profitiere hingegen von der Kommunizierbarkeit. Dies erhöhe auch die Aussagekraft mit Blick auf einzelne Veränderungen in der Gesellschaft.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Frau Vogelsang und allen anderen Mitgliedern der Projektgruppe 2, die ihrer Ansicht nach sehr harmonisch, konstruktiv und zielorientiert zusammengearbeitet hätten.

Die Vorsitzende eröffnet die Fraktionsrunde.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU(CSU)) verlegt ihren Beitrag ans Ende der Runde.

SV Prof. Dr. Gert G. Wagner, der für die SPD spricht, bemerkt, dass die Arbeit in der Projektgruppe 2 sehr sachlich verlaufen sei, dies jedoch auch auf das relativ technokratische Aufgabengebiet zurückzuführen sei. Gleichwohl sei erfreulich, dass die Zusammenarbeit in der Projektgruppe 2 sehr gut funktioniere, wofür er sich bei der Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden bedanken möchte. Er wolle mögliche Indikatorenbereiche nennen, die in seiner Fraktion als wichtig angesehen würden. Damit möchte er jedoch keinerlei Vorfestlegung erzielen.

Als Erstes stehe der materielle Wohlstand, zu dem neben dem Bruttoinlandsprodukt auch das Einkommen und möglicherweise auch das Vermögen gehörten. Es sei ersichtlich, dass man sich zu der Frage der Indikatoren leichter einigen könne als zu der Frage der Zuordnung in die einzelnen Dimensionen. Einen dritten, für das Leben außerordentlich wichtigen, aber noch nicht genannten Indikator sehe er im Wohnen und in der Wohnqualität. An vierter Stelle stehe für ihn die Arbeit. Ebenso wichtig sei der fünfte Bereich, nämlich die Gesundheit. Als sechster Bereich komme Bildung und Chancengleichheit hinzu, wobei die Frage der Generationengerechtigkeit einen gewissen Anteil einnehme. Als siebten und achten Punkt sehe er die Themen Umwelt und Staatsverschuldung bzw. einen

ausgeglichene Staatshaushalt, also Fragen der materiellen und finanziellen Nachhaltigkeit.

Ferner werde man auch das Thema der Governance der Statistik in der Projektgruppe 2 diskutieren. Der Grund dafür liege darin, dass nicht alle Indikatoren bislang statistisch erhoben würden. Demnach müsse man sich fragen, ob man die amtliche und die wissenschaftsgetragene Statistik umorganisiere. Dies falle unter den Begriff der Governance. Diese Fragestellung werde zügig behandelt werden. Aus diesem Grunde werde Johann Hahlen, ehemaliger Präsident des Statistischen Bundesamtes und ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium, seine Überlegungen zur Governance der amtlichen Statistik und möglicher Verbesserungen im nationalen und europäischen Rahmen vortragen. Er erwarte sich von diesem Vortrag sehr viel, da Herr Hahlen aufgrund seiner früheren Position die Probleme statistischer Erhebungen, aber auch die Möglichkeiten der Verbesserung sehr gut kenne. Zudem sei Herr Hahlen in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene auf dem Gebiet der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik ehrenamtlich tätig gewesen. Er wünsche sich zudem, dass die Arbeitsgruppe 2 sowie die Enquete-Kommission nicht nur Dimensionen und Indikatoren vorschläge, mit denen man den Stand von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität darstellen könne, sondern dies auch mit Vorschlägen verbinde, wie man die Governance der statistischen Infrastruktur in Deutschland verbessern könne, so dass man nicht nur konzeptionell Indikatoren erhalte, sondern diese auch methodisch gut und zeitnah messen könne.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) schließt sich dem Dank der Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit an. Diesen möchte er insbesondere an die wissenschaftliche Begleitung richten. Die anwesenden Wissenschaftler hätten die politische Einarbeitung in die Thematik beschleunigt. Zudem sei der breite Überblick und Fundus, der zur Verfügung stehe, bei der weiteren Arbeit hilfreich.

Dennoch könne man jetzt schon feststellen, dass man sich für keines der vielen bereits existierenden Modelle, die den Wohlstand und die Lebensqualität mäßen, entscheiden könne. Es liege seiner Meinung nach nicht am Parteibuch, dass man sich nicht sofort auf ein Indikatorenset oder ein System der Wohlstandsmessung festlegen könne, sondern daran, dass Wohlstand bzw. die Definition des Wohlstands immer eine sehr individuelle sei, die vom persönlichen Standpunkt abhängt. Somit unterstütze er den Vorschlag von Frau Vogelsang, nicht an einem Indikator zu arbeiten, sondern von einem breiten Fundus verschiedener Indikatoren in verschiedenen Dimensionen

auszugehen, um dem gerecht zu werden. Dabei stehe die Kommunizierbarkeit, also das Verständnis der Öffentlichkeit, im Vordergrund. Es gehe jedoch auch um die Akzeptanz des Systems, den Wohlstand zu messen, wozu sich möglichst viele Menschen in diesem Wohlstandsmesssystem wiederfinden und ihre persönliche Wohlstandsdefinition an diesem System ablesen können müssten. Daher sei das System der Dimensionen, Indikatoren und Leitindikatoren im Spannungsfeld zwischen Kommunizierbarkeit und dem Wiederfinden der eigenen Wohlstandsdefinition sehr geeignet. So könne in der Dimension des materiellen Wohlstands das BIP pro Kopf beispielsweise einen Leitindikator darstellen, während sich andere Indikatoren, die nicht immer, sondern nur in bestimmten Situationen von Relevanz seien, sprichwörtlich „hinter dem Theatervorhang“ befänden. Wenn zum Beispiel bei zurückgehenden Patentanmeldungen das BIP dennoch steige, könne man daraus schließen, dass das BIP nur aufgrund alter, schon bestehender Ideen gestiegen sei. Somit könne man sich überlegen, ob man hier nachsteuern müsse, da sonst nicht mehr genügend vorhandene Ideen für ein zukünftiges Wachstum existierten. Anhand dessen sehe man, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit eine Art Querschnittsindikator darstelle, der sich auf alle Säulen erstreckte, ähnlich wie die Frage der sozialen Teilhabe.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) begründet wie der SV Prof. Dr. Wagner die Effizienz der Projektgruppe 2 mit dem technischen Charakter der Debatte. Da sie - wie viele andere - die Begriffe, die Messmethoden oder die möglichen Indikatoren und Indikatorensysteme zum ersten Mal behandelten, sei die Fähigkeit, alles zu durchdringen und darauf mit einer eigenen Position zu reagieren, in dieser ersten Phase nur begrenzt möglich. Die Anwesenheit hochkarätiger Experten innerhalb der Projektgruppe sei zum einen sehr förderlich, verlagere aber die politische Diskussion in den zweiten Teil, der jetzt erst begonnen werde. Wenn die Anwesenden von ihren eigenen Maßstäben an Lebensqualität und Wohlstand in der Gesellschaft ausgegangen wären, hätte man eine lebendigere und kontroversere Debatte führen können, die auch zu einem früheren Zeitpunkt begonnen hätte. Dennoch zeichneten sich Schwierigkeiten ab, auf die man schon in der heutigen Projektgruppensitzung gestoßen sei. So existierten beispielsweise unterschiedliche Vorstellungen von den Ergebnissen der Arbeit. Fraglich sei, ob man eine Palette von Indikatoren im Ergebnis anbiete, die die verschiedenen Dimensionen ausleuchteten, oder ob man tatsächlich einen oder maximal zwei oder drei zusätzliche Indikatoren zum BIP präsentiere, die dann die Aufgabe erfüllten, das Bruttoinlandsprodukt zunehmend in den Hintergrund zu drängen oder

sogar perspektivisch zu ersetzen. Ein diesbezüglicher Konsens bestehe in der Gruppe jedoch noch nicht. Zudem gebe es einen hohen Diskussionsbedarf über die Perspektiven, aus denen man den Indikator betrachte. Ihrer Meinung nach sei die Frage entscheidend, welche Faktoren das Bruttoinlandsprodukt in Verruf gebracht hätten bzw. warum das Bruttoinlandsprodukt nicht das Gewollte geeignet abbilde. Dabei gebe es zwei zentrale Widersprüche. Erstens wachse die Wirtschaft, während ein Teil der Bevölkerung sowie ein Teil der sozialen Errungenschaften dennoch keinerlei Anteil oder Gewinn daran hätten. Anders ausgedrückt sei der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes zunehmend einseitig verteilt. Dies betreffe beispielsweise auch die Frage der Verschuldung, bei der einerseits eine zunehmende Staatsverschuldung trotz steigendem BIP existiere, andererseits aber die privaten Geldvermögen stiegen. Offenbar führe das steigende BIP nicht dazu, dass sich Vermögen und Schulden in gleicher Weise entwickelten. Die Frage der Verteilung sei eine zentrale Frage, der man sich zuwenden müsse, wenn man dem BIP etwas entgegensetzen möchte. Ein zweiter zentraler Widerspruch bestehe in der Thematik der natürlichen Lebensgrundlagen, den Ressourcen. Dabei habe sich die Projektgruppe 3 schon mit Problemen wie der nicht möglichen Entkoppelung und mit der Verbindung von Wirtschaftswachstum und steigendem Verbrauch von Ressourcen sowie Emissionssteigerungen auseinandergesetzt. Dieser Punkt müsse unbedingt dem Bruttoinlandsprodukt beigemessen werden.

Abg. Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt den Mitgliedern der Projektgruppe 2 für eine gute Zusammenarbeit. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik funktioniere sehr gut. Der Arbeitsprozess sei eher unstrittig verlaufen, da es sich dabei lediglich um eine Bestandsaufnahme gehandelt habe. Diese gehöre auch zur unmittelbaren Aufgabe der Projektgruppe. Angesichts der bevorstehenden politischen Debatten innerhalb der Projektgruppe hoffe sie auf ein fraktionsübergreifendes Ergebnis, welches nach außen präsentierbar und anwendbar sei. Aus diesem Grunde wolle sie auf die vorgebrachten Gutachten eingehen. Die Studie 1, eine Befragung der Mandatsträger und der Verwaltung, habe gezeigt, dass die Menschen ein Indikatorenset, das über Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquote, Inflation und Staatsverschuldung hinausgehe, befürworteten. Merkwürdigerweise hätten die befragten Mandatsträger kaum die Nachhaltigkeitsstrategie, die es mit 38 Indikatoren seit mehr als zehn Jahre gebe, gekannt. Sie sei darüber erstaunt, wie wenig dieser Aspekt von Politikern berücksichtigt werde. In der Studie 2 habe man sich mit der medialen

Kommunizierbarkeit beschäftigt mit dem Ergebnis, dass weniger Indikatoren die Aufmerksamkeit erhöhten. Fraglich sei, ob dieses Ergebnis zutreffe. Insofern habe auch der NWI, der alle Aspekte auf einen einzigen Wert reproduziere, Probleme mit der Aussagekraft. So könne sich das ehrenamtliche Engagement beispielsweise verbessern, während sich die Ressourceneffizienz verschlechtere, so dass das Ergebnis trotz großer Veränderungen ausgeglichen erscheine. Demnach benötige man mehr als einen Indikator. Nichtsdestotrotz hätten auch die Indikatorensets bei der Befragung im Hinblick auf die mediale Kommunizierbarkeit nicht durchweg gut abgeschnitten.

Als Fazit sehe sie, dass weder ein umfangreiches Dashboard, also ein Armaturenbrett, noch ein aggregierter Index ratsam sei. Die Frage nach wenigen Dimensionen bei der Betrachtung zeige, dass die Mitte zwischen beiden Extremen angebracht sei. Ferner müsse das Augenmerk darauf gerichtet sein, dass das System die Menschen vor Ort anspreche. Hinsichtlich des Ziels, einen Ausgleich zwischen Aussagekraft und Kommunizierbarkeit zu schaffen, bestehe innerhalb der Projektgruppe Einigkeit. Das Ergebnis müsse die wichtigen Dimensionen Ökonomie, Ökologie, Soziales und ggf. weitere Punkte abbilden. Tendenziell gehe sie von einer Größenordnung von vier Dimensionen aus. Dabei müsse jede Dimension für sich den Aspekt der Nachhaltigkeit abbilden. Darüber hinaus müsse das Ergebnis auch international vergleichbar sein. Außerdem gibt sie zu bedenken, ob man eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende subjektive Befragung nach der Lebenszufriedenheit mit einbeziehen solle. Zudem rate sie davon ab, hinter die jeweiligen Dimensionen mehr als zwei Indikatoren zu stellen, die nach außen medial repräsentierbar seien. Weitere Indikatoren seien wie im Vorschlag des Abg. Bernschneider „hinter den Vorhang“ zu stellen. Letztere stünden immer noch zur intensiveren Beschäftigung zur Verfügung. Ferner seien sie auch nach außen durch einen Warnlampeneffekt wirksam. Dies dürfe jedoch nicht in den Vordergrund gestellt oder nach außen getragen werden.

Sie sei abschließend auf die weiteren Diskussionen gespannt, zumal die politischen Beratungen nun anfangen. Sie sehe eine Chance, dass man zu einer gemeinsam getragenen Lösung komme, wenn man genauso weiter mache wie bisher.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) bedankt sich zum Abschluss der Fraktionsrunde bei allen Fraktionen und insbesondere den Sachverständigen für die große Hilfestellung. So seien nicht nur die Beiträge der der Projektgruppe

Angehörenden hilfreich, sondern auch jene der von außen hinzugezogenen Experten wie Herrn Zieschank.

In Zukunft stehe für die Union vor allem der Aspekt der Kommunizierbarkeit an zentraler Stelle. Sie wolle in jedem Falle vermeiden, dass die Arbeit auf einen dicken Folianten hinauslaufe, der nur zur Ansicht im Bücherschrank stehe. Stattdessen habe sie das Ziel, mit der Enquete-Kommission am Ende der Arbeitszeit etwas zu präsentieren, mit dem die Bevölkerung, vor allem auch ohne detaillierte volkswirtschaftliche Kenntnisse, umgehen könne. Sie verweist dabei auf die Nachhaltigkeitsstudie der Bundesregierung mit über 30 Indikatoren und einer gleichzeitig sehr geringen Bekanntheit innerhalb der Bevölkerung. Es gelte in der Enquete-Kommission, dies zu vermeiden. Die Projektgruppe 2 habe einen Konsensbeschluss gefasst, mit möglichst wenigen Dimensionen den Wohlstand zukünftig abbilden zu wollen. Sie verstünden den Wohlstands begriff als erweiterten Wohlstands begriff, zu dem selbstverständlich auch das Wirtschaftswachstum als materieller Wohlstand, aber auch der in Deutschland, aber nicht international selbstverständliche Aspekt der Freiheit in jeglicher Hinsicht gehörten. Sie stimme mit der Abg. Frau Dr. Wilms in dem Punkt überein, dass man bei der Betrachtung weniger Dimensionen mit einzelnen Indikatoren zu einem Konsens gelangen könne. Das Bruttoinlandsprodukt als Maß des materiellen Wohlstands, insbesondere des Wachstums, sei beispielsweise hinsichtlich der Darstellung nicht materieller Qualitäten nicht perfekt geeignet. Dennoch sei es fast perfekt hinsichtlich seiner Kommunizierbarkeit. Das BIP werde als Wert in allen Volkswirtschaften der Welt anerkannt. Zudem sei es in der gesamten Bevölkerung bekannt. Ziel müsse es sein, möglichst wenige Zahlen an die Öffentlichkeit zu bringen. Auf diesem Wege könne man innerhalb der nächsten zehn Monate ein gutes Ergebnis der Enquete-Kommission erzielen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) hofft trotz holder Eintracht und großer Harmonie auf eine lebhaftere Debatte, die auch Aspekte in Frage stellen und Anregungen geben dürfe. Sie hebt hervor, dass man nicht immer nur im Konsens gearbeitet, sondern es auch durchaus sehr kontroverse Debatten innerhalb der Projektgruppe 2 gegeben habe.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) stellt die Frage, inwiefern das Thema des Infrastrukturzugangs und der Fortentwicklung der Technologie eine Rolle spiele bzw. ob es eine Möglichkeit gebe, diese Thematiken operational einzubringen.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) erwidert, man habe sich an unterschiedlichen Stellen in der Darstellung unterschiedlicher Indikatorensets auch mit dem Zugang zu Technologie, zu Fortschritt und Qualität für die Zukunft beschäftigt. Dabei habe man den Zugang zu Technologien bislang noch nicht als Indikator oder sogar als eine eigene Dimension eingestuft. Diese Diskussion stehe jedoch bevor.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt die Vorsitzende der Projektgruppe, ob sich die Projektgruppe auch mit nicht marktbasieren Dimensionen von Wohlstand beschäftigt habe, also beispielsweise Hausarbeit, Pflege oder Erziehung. Falls dies bejaht werden könne, sei interessant, wie dies in einem Indikatorenset abzubilden sei.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) merkt an, dass man sich bei der Analyse der vorhandenen Indikatorensets auch damit beschäftigt habe. Jüngst habe man damit begonnen, über die erste Dimension, nämlich den materiellen Wohlstand, zu diskutieren. Dabei benötige man das BIP als einen Indikator, aber auch die nicht materiell im Markt befindlichen Güter. Diese Diskussion habe bereits sehr intensiv begonnen, werde aber auch noch fortgeführt. Sie sehe diese Frage im Bereich des materiellen Wohlstands.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) fügt an, dass man beim nächsten Termin der Projektgruppe darüber diskutieren wolle, auf welche Weise man diesen Aspekt messen könne.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein hinterfragt zur Unterscheidung von Dimension und Indikator, ob die Dimension schließlich nur ein Titel sei oder für einen Wert stehe, also einen Kompositindikator darstelle. Dieser Unterschied sei hinsichtlich der Vorgehensweise von Bedeutung. Bei einem Kompositindikator könne man schließlich die vier oder fünf Dimensionen zusammenfassen. Die andere Möglichkeit sei, dass die Dimensionen einfache Kapitelüberschriften darstellten. Dies führe dazu, dass am Ende neun, zwölf oder gar fünfzehn Indikatoren allein stünden. In diesem Punkt sei ihm das Modell bislang unklar.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) fragt hinsichtlich der Berücksichtigung öffentlicher Güter, wie dieser Aspekt im Modell berücksichtigt worden sei. Bezug nehmend auf den Technologiebereich stelle sich ferner die Frage nach dem Aspekt der Veränderungen der Technologien. So habe sich der Stellenwert von Patenten verändert. Diese spielten beispielsweise in der Informations- und Kommunikationsbranche keine große Rolle mehr. Die Bedeutung der Patente sei auch in anderen Branchen wiederum von der

Länge der Produktzyklen abhängig. Demnach seien nicht allein die Zahl der Patente aussagekräftig, sondern auch andere Entwicklungen. Interessant sei, ob es solche Überlegungen bereits gegeben habe und ob es auch weltweit Theorien gebe, wie man solche Entwicklungen anhand von Indikatoren darstellen könne. Dies sei für die Relevanz und Bedeutung einzelner Indikatoren ausschlaggebend.

SV Dr. Norbert Reuter stellt die Indikatoren infrage. So stoße man auf Seite 12 des Berichts auf die Äußerung, man wolle auf Wohlstandsdefinitionen verzichten und stattdessen Indikatoren sammeln. Seiner Meinung nach stelle dies einen Widerspruch dar, da man schließlich doch zu dem Punkt gelange, an dem man bestimmte Indikatoren auswählen müsse. Dabei sei zwangsläufig eine Wohlstandsdefinition vonnöten. Fraglich sei somit, ob dies eine reine Verschiebung ans Ende darstelle. Bezug nehmend auf die Frage der internationalen Vergleichbarkeit sei außerdem fraglich, ob dieser Begriff beinhalte, dass in Deutschland nur dann Indikatoren in Frage kämen, wenn diese auch im Ausland vorhanden seien. Damit gehe eine nationale Einschränkung der Indikatoren zum Zwecke der Vergleichbarkeit einher. Eine andere Möglichkeit sei, Standards zu setzen, um in dieser Richtung die internationale Statistik zu beeinflussen. Fraglich sei somit, ob man Trends befolge oder selbst diese Trends setze.

SV Georg van Bracht möchte wissen, ob man die Herangehensweise anderer Länder an diese Thematik in die Betrachtung mit einbezogen habe oder ob man sich nur an den Bedürfnissen und Forderungen der Bundesrepublik Deutschland ausrichte. Das BIP sei insofern reizvoll, als dass mit ihm die internationale Vergleichbarkeit einhergehe.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob man sich über die Gewichtung der Faktoren untereinander bereits Gedanken gemacht habe. Er sei kürzlich aus Myanmar zurückgekehrt, wo 70 Prozent der Bevölkerung bei 1.000 Euro BIP pro Kopf in Armut auf dem Land lebten. Dabei sei nicht unwahrscheinlich, dass sich das dortige BIP in der nächsten Zeit verdoppeln werde. Gleichzeitig werde sich jedoch der Zugang zum Wasser dramatisch verschlechtern. Diese Widersprüche führten zur Frage, wie man verschiedene Aussagen der Indikatoren gegeneinander priorisiert. Ohne eine solche Aussage müsse man bei vielen verschiedenen einzelnen Indikatoren stets eine eigene Bewertung vollziehen.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge hinterfragt im Hinblick auf die Projektgruppe 3, in der die globalen Allmenden sehr intensiv diskutiert würden, wie

das Problem der globalen Allmenden in den Indikatorensätzen abgebildet werde und ob lediglich der deutsche Konsum der Allmenden oder doch der globale berücksichtigt werde.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) schließt die Runde mit der Frage nach den im Bericht enthaltenen Kritiken. So sei die Kritik am BIP, insbesondere die Fragen nach den öffentlichen Gütern, der Sorgearbeit, der ehrenamtlichen Arbeit, aber auch wohlstandsmindernden Schäden, in dem Bericht an den Anfang gestellt. Fraglich sei, ob diese Kritik bei der Entwicklung neuer Indikatoren einen Leitmaßstab darstelle bzw. in welchem Verhältnis diese Kritik zu den Lösungsansätzen stehe.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) befürwortet bei der Beantwortung der großen Anzahl an Fragen die Unterstützung der anwesenden Sachverständigen. Dabei möchte sie, statt einer Chronologie zu folgen, inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Hinsichtlich der Frage des Abg. Dr. Gambke nach einer Gewichtung der Faktoren beispielsweise zwischen Freiheit und Gesundheit oder zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit in einer Bevölkerung enthalte der Bericht unter dem Punkt 1.3 eine nicht abschließende konsensuell beschlossene Zusammenfassung der Dimensionen. Die Dimensionen würden dabei als Überschriften verstanden werden. Eine Abwägung zwischen verschiedenen Dimensionen habe man bislang jedoch noch nicht getroffen. An diesen Punkt werde man aber zwangsläufig gelangen. Ihrer Meinung nach könne man jedoch nur schwer verschiedene Dimensionen gegeneinander aufwiegen.

Mit der Frage zu technischen Aspekten habe man sich bei der Analyse einzelner Möglichkeiten der Indikatorensätze auseinandergesetzt. Dies habe zur Schlussfolgerung geführt, dass diese Thematik keine so gravierende Bedeutung habe, dass die Projektgruppe sie als eigene Dimension vorschlagen wolle. Daher sei der Technologieaspekt kein Teil des Punktes 1.3. Selbstverständlich würden jedoch diese Aspekte in den einzelnen Dimensionen individuell diskutiert werden. Es habe die Schwierigkeit bestanden, dass sich, während die Projektgruppe 1 mit der Definition von Wirtschaftswachstum und von Wohlstand beschäftigt gewesen sei, die Projektgruppe 2 zeitgleich bereits mit der Entwicklung eines Indikatorensatzes befasst habe, ohne dass die Definition von der Enquete-Kommission abschließend vorgenommen worden sei. Demnach seien die Formulierungen der Projektgruppe 2 hinsichtlich des Wohlstandsverständnisses nicht endgültig. Dies sei

ihrer Meinung nach eine sehr vernünftige Vorgehensweise, die mit den Worten der Abg. Frau Kolbe, dass man „noch nicht zementiere, sondern für die weitere Vorgehensweise Pflöcke einschlage“ gut dargestellt wurde.

Hinsichtlich der Frage, ob man dem internationalen Trend folge oder selbst Standards und neue Wegweiser setzen wolle, sei die internationale Vergleichbarkeit in der Diskussion immer sehr wichtig gewesen. Dies bedeute jedoch nicht, dass man einen Indikator beispielsweise in der Dimension Verteilungsgerechtigkeit im Bereich des Bildungszugangs und der Bildungsqualität unter den Tisch fallen lasse, obwohl man ihn für wesentlich halte, da man festgestellt habe, dass er nicht intertemporal existiere und nur für die letzten fünf Jahre gemessen worden sei. Genauso wenig treffe zu, dass man sich mit einem Indikator nicht beschäftige, weil er im Rest der Welt auch keine Rolle spiele. Nichtsdestotrotz sei der intertemporale und internationale Vergleich von sehr großer Bedeutung gewesen, weil mit der Debatte internationale Vergleichbarkeit hergestellt werden solle. Aus diesem Grunde wolle man nichts Neues erfinden, da auch der Wissens- und Forschungsstand in anderen Ländern viel zu groß sei. Schließlich sei der Bundestag nicht die erste und einzige Institution in Europa, die sich mit dieser Thematik beschäftige, was anhand der erfolgten Vorträge deutlich geworden sei.

Für weitere Antworten verweist sie an die Sachverständigen.

Abg. Ingrid Arndt-Brauer (SPD) merkt an, dass man nicht in der Lage gewesen sei, die Definition des Begriffs Wohlstand auszuformulieren. Gleichwohl habe man nach Statistiken geforscht, die bei der Definition hilfreich sein könnten. Entweder müsse es demnach eine Veränderung der amtlichen Statistik geben oder man müsse Abstriche bei der Definition in Kauf nehmen. Hinsichtlich der Frage, ob das BIP ausschlaggebend gewesen sei, erwidert sie, dass die Defizite des Bruttoinlandsprodukts die Grundlage der Diskussion bildeten. Beim nächsten Termin wolle man prüfen, ob die nicht materiellen Wirtschaftsleistungen überhaupt messbar seien. Dazu werde ein Bericht von Herrn Braakmann vom Statistischen Bundesamt erfolgen. Sodann bemängelt sie den Charakter des Zwischenberichts, da ihrer Meinung nach manche Fragen in einer Weise gestellt worden seien, als handele es sich um einen Schlussbericht. Die Projektgruppe habe im verbleibenden Jahr noch ein großes Aufgabenpensum zu erfüllen.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen ergänzt im Hinblick auf die Frage von SV Prof. Dr. Enderlein, dass die Dimension eine Kapitelüberschrift darstelle. Aus der Anzahl der unter die Dimensionen gestellten Indikatoren wähle man jedoch

einen oder zwei Indikatoren aus, die dann Leitindikatoren darstellten. Bei diesen handele es sich um solche Indikatoren, die für am geeignetsten und besten gehalten werden, um eine Aussage über das Erreichen dieser Dimension zu treffen. Darüber hinaus verfolge man die Idee, so genannte Warnlampen zu installieren, die dann aufleuchteten, wenn beispielsweise ein Leitindikator ins Positive rage, während ein wenig wichtiger Indikator im Hintergrund stark ins Negative zeige. Dies stelle eine momentane abstrakte Überlegung dar, da man am heutigen Tag erst damit begonnen habe, über die erste Dimension, die des materiellen Wohlstandes, konkret zu diskutieren.

In Bezug auf die Frage des SV van Bracht nach den Diskussionen in anderen Ländern bemerkt sie, dass man dies in vielfältiger Weise nicht nur hinsichtlich anderer Länder, sondern auch der OECD oder der Vereinten Nationen getan habe. Ausgangspunkt der gesamten Enquete-Kommission bilde der Stiglitz-Sen-Bericht, der die Situation Frankreichs beurteile. Über dies hinaus habe man aber auch mit der Unterstützung von Herrn aus dem Moore die Situation von Großbritannien, Kanada, Australien und den USA betrachtet. Diese beschäftigten sich allesamt mit einer ähnlichen Thematik, über die man einen Überblick gewinnen wolle.

Auf die Frage der Abg. Bulmahn (SPD) hinsichtlich der Berücksichtigung öffentlicher Güter plane man, eine oder mehrere Dimensionen zum Bereich Soziales zu entwickeln, worunter möglicherweise Themen wie Gesundheit oder Bildung fielen. Dabei werde es ihrer Meinung nach automatisch eine Diskussion geben, inwieweit der Staat in diesen Bereichen öffentliche Güter zur Verfügung stellen solle oder ob die Teilhabe an öffentlichen Gütern gewährleistet sei.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel kritisiert, man wolle in dieser Situation „den Kreis quadrieren“. Seiner Meinung nach werde der Begriff der Dimension mehr als eine Kapitelüberschrift darstellen müssen. Es könne nicht sein, dass die Enquete-Kommission nach zweieinhalb Jahren Arbeit die Faktoren BIP, Arbeitslosenquote, Staatsverschuldung und zwei weitere Aspekte als zu berücksichtigende Indikatoren vorstelle. Dafür gehe das Verständnis in der Bevölkerung verloren, da man sich schon immer mit diesen Zahlen beschäftige. Demzufolge müsse man diese bereits vorhandenen Indikatoren auf eine neue Qualität heben. Diese Qualitätsveränderung sei die Dimension, in die die Indikatoren eingebracht würden. Insofern sei es nicht nur lapidar, eine Dimension zu benennen. Man müsse sich vielmehr darüber Gedanken machen, welche Aspekte ein bestimmter Indikator transportiere, um eine bestimmte Dimension zu erhellen. Diese zusätzliche Arbeit werde seiner

Meinung nach durch die Arbeit der Enquete-Kommission geschaffen. Hinsichtlich verschiedener Fragen nach zu berücksichtigenden Aspekten müsse man „in diesen hoffnungsvollen Wein Wasser gießen“. Es sei unmöglich, die Vielzahl an sehr interessanten Fragestellungen in ein Indikatorenset oder –bündel einzubringen, das ein Minimum an Aufwand und gleichzeitig ein Maximum an Informationen transportiere. Dies bedeute, dass die Streichkapazität mindestens so ausgebildet sein müsse wie die Fähigkeit, Indikatorenfelder zu erschließen. Daher müsse man sehr viel weglassen und sich die Frage stellen, ob es einen oder mehrere Indikatoren gebe, die dazu in der Lage seien, mehrere Fragen möglichst gleichzeitig zu beantworten. Dabei könne man keine perfekten Resultate erwarten. Insofern müsse man sich bewusst sein, nicht nur politische, sondern auch akademische oder wissenschaftliche Kompromisse schließen zu müssen. Nichtsdestotrotz müsse der Ehrgeiz bestehen, mehr als vier oder fünf bereits bekannte Indikatoren zu liefern. Eine neue Qualität dieser Indikatoren sei vonnöten.

SV Prof. Dr. Christoph Schmidt verdeutlicht, dass man bereits einen großen Schritt gemacht habe. An zwei Stellen von miteinander verwandten Arbeiten habe man Möglichkeiten gefunden, die Arbeit zu organisieren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Der erste Satz an Arbeiten betreffe die Systematisierung, der zweite die Kommunizierbarkeit. Im Punkt 1.3 auf S. 6 des Zwischenberichts stünden viele Aspekte, die im Grunde kontroverser diskutiert worden seien als nötig. Nichtsdestotrotz beinhalte dieser Punkt das Ziel, einen Indikatorenset zu entwickeln, der zwei Dinge erfüllen müsse: Zum einen solle er wie das BIP kommunizierbar sein, zum anderen solle er das schwierige Abwägungsproblem lösen, mit möglichst wenigen Dimensionen möglichst differenzierte Aussagen zu treffen. Er betont, man wolle differenziert argumentieren und nicht nur etwas leicht Kommunizierbares herstellen. Bei einem ersten Satz von Arbeiten habe man jedoch überprüft, welche Vorgehensweisen zur Systematisierung dieses komplexen Feldes von anderen Wissenschaftlern wie z. B. Stiglitz verwendet würden, um die Facetten menschlicher Existenz oder des gesellschaftlichen Fortschritts umfassend in der Dimension nicht-marktgehandelter Aspekte und in der Dimension vorausschauender Fragen im ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich festzuhalten. Daraus hätten sich zwei miteinander kompatible Ansätze herausgestellt, die die Zugangsweise zur Frage nach den Dimensionen unterschiedlich wählten. Die Stiglitz-Kommission, an der sich die beiden Sachverständigenräte in ihrer Expertise 2010 orientiert hätten, sei davon ausgegangen, die Wirtschaftsleistung zu verfeinern und die Schwä-

chen der untergebrachten Indikatoren zu beseitigen. Grundsätzlich benötige man jedoch als Informationsquelle Werte wie das BIP pro Kopf. Weitere Werte, die nicht am Markt gehandelt würden, seien auch eine Frage des Istzustandes, eine Beschreibung des Aktuellen, also Aspekte, die über die Lebensqualität, wirtschaftlichen und materiellen Wohlstand als etwas nicht Materielles hinausgingen. Darüber hinaus hätten sich der Stiglitz-Report auch auf die ökologische Dimension, die Sachverständigenräte auch noch zusätzlich auf die ökonomische und fiskalische Dimension konzentriert. Diese könne man nicht als ‚Istzustand‘ oder als ‚Schnappschuss‘ betrachten, sondern nur mit Blick auf die Zukunft. Dies stelle eine methodische Zugangsweise dar. Gleichzeitig könne man sich aber auch quer zu den methodisch aufgezogenen Säulen inhaltlich fragen, wie es um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte des Wohlstands stehe. Über diese drei inhaltlichen Fragestellungen erstreckten sich auch die methodischen wie in einer Matrix. In Zeile 156 auf S. 6 des vorgelegten Berichtes entscheide man sich für den inhaltsbasierten Zugang, bei dem man den ökonomischen, ökologischen und sozialen Wohlstand getrennt betrachte, wobei die Querschnittsthemen einerseits in der Nachhaltigkeit und andererseits in der Teilhabe lägen. Zusammenfassend habe man sich somit die Systematisierung klar gemacht und auch hinsichtlich der Zugangsweise eine Entscheidung getroffen.

Den zweiten Satz an Hilfestellungen stellten die vergebenen Expertisen dar. Dabei sei die heutige Diskussion seiner Meinung nach nicht ganz akkurat verlaufen. Nach seinem Verständnis beinhalteten die Expertisen nicht die Empfehlung, das Resultat möglichst einfach zu gestalten, sondern, die Kommunikation vom Rechenweg wenigstens gedanklich zu trennen. Es sei dröge, einen Indikatorensatz Zahl für Zahl vorzutragen. Dies stehe aber nicht infrage. Fraglich sei dagegen, ob man ein System aufbauen könne, das als Ganzes umfassend beschreibe, dabei aber in der Lage sei, die relevanten Problemfelder schlaglichtartig zu beleuchten, auf die sich die Kommunikation schließlich stützen werde. Die Verdichtung auf wenige Dimensionen verlange dagegen auch immer eine gewisse Gewichtung, die auch durch die Benennung von Leitindikatoren entstehe. Somit gebe es immer die Möglichkeit, auch andere Gewichtungen zu unterstützen. Wer nur pragmatische, auf eine gute Kommunizierbarkeit gerichtete Erwägungen anstelle, werde – den Studien folgend – dabei enttarnt und nicht mehr ernst genommen. Der Bericht habe zudem ergeben, dass Medienvertreter, die eine Sinnhaftigkeit des Modells hochhielten, die Resultate dann nicht wertschätzten, wenn sie feststellten, dass eine saloppe Verdichtung vorgenom-

men worden sei, um möglichst wenig Zahlen hervorzubringen. Die klare lineare Beziehung „viele Indikatoren schlecht, wenige Indikatoren gut“ existiere nicht. Vielmehr stelle sich die Frage, ob das Modell dahinter sinnvoll sei. Seiner Meinung nach habe man daraus die sehr intelligente Schlussfolgerung gezogen, dass man eine überschaubare Zahl an Dimensionen erzielen wolle. Eine Dimension sei per Definition etwas, das man nicht noch weiter verdichten könne, was nicht einen einzelnen Indikator als Repräsentanz vertrage, sondern ein inhaltliches Konstrukt und mehr als eine Überschrift darstelle und nicht mit einem einzelnen Indikator gleichzusetzen sei. Dabei sei es hilfreich, sich das Bild vor Augen zu führen, dass man einem Statistiker wie Herrn Braakmann als eine Art Profipilot ein Cockpit vorsetze, damit dieser alle Armaturen gleichzeitig im Blick behalte, weil er dafür ausgebildet worden sei. Diese Komplexität wolle man jedoch nicht erreichen. Dies bedeute jedoch nicht, dass man die meisten Instrumente wegwerfe. Man stelle vielmehr vor diese Instrumente, die nicht ständig angeschaut werden müssten, eine Art Abdeckung und eine Warnlampe. Wenn Letztere angeschaltet werde, solle man in der Lage sein, die Abdeckung zu entfernen und dahinter zu schauen. Eine anfänglich zu primitive Gestaltung des Systems verhindere diese Möglichkeit. Dies stelle auch die Schlussfolgerung der Projektgruppe dar. Man erziele somit möglichst wenige Leitindikatoren mit Warnlampen, beispielsweise eine für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten, die man dann nicht im Hinblick auf den numerischen Wert betrachte, sondern lediglich der Warnlampe Aufmerksamkeit schenke. Dies führe einerseits zu dem von SV Prof. Dr. Jochimsen erwähnten internationalen Anschluss und entspreche andererseits auch dem Wohlstandsverständnis von Sen, insbesondere, dass man die Fähigkeiten zur eigenen Entfaltung festhalten solle und dass dies eine sehr individuelle Konstruktion darstelle. Diese Möglichkeit solle der Indikatorensatz bieten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt allen Mitgliedern der Projektgruppe 2 für ihre Antworten. Die beiden verbleibenden Fragen wolle sie selber beantworten.

Auf die Frage von Frau Lötzer (DIE LINKE.), inwiefern die Kritik am Bruttoinlandsprodukt eingeflossen sei, erwidert sie, dass die Frage der nicht am Markt gehandelten Dienstleistungen sowie die Frage der Ökologie zeige, dass man sich mit dieser Thematik befasse.

Hinsichtlich der Frage nach der Allmendenutzung von SV Prof. Dr. Bettzüge merkt sie an, dass man dieses Thema noch nicht mit einbezogen habe und man sich vielmehr über eine Zusammenarbeit mit der Projektgruppe 3 freuen

würde. Dabei gehe es um Indikatoren, die gerade die ökologische Nachhaltigkeit intelligent angingen, bei der Beratungen und Anregungen sehr willkommen seien.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) fragt nach, ob man der Gesamtheit der gefundenen Dimensionen, sofern daraus keine Zahlen resultierten, einen Namen geben könne wie z. B. Deutsches Lebenslageregister oder Gemeinwohlspiegel, um einen griffigen Begriff zur inhaltlichen Zuspitzung zu erhalten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) bemerkt, dass man dies noch nicht getan habe, dies aber noch anstehe und man Herrn Dr. Zimmer dazu gerne einladen wolle.

Sie leitet in die Diskussion über und befürwortet Beiträge und Anmerkungen, die sich auf die Projektgruppe 2 und insbesondere den vorgelegten Zwischenbericht richteten. Letzterer könne heute abgestimmt oder bei etwaigem Änderungsbedarf in einer zweiten Lesung beschlossen werden. Dies hänge vom Debattenverlauf ab.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué befürwortet erstens, dass man sich von der Idee eines aggregierten Indikators verabschiedet habe. Das Gewichtungproblem, dass bei einem solchen Indikator auftrete, gestalte sich prohibitiv. Somit gehe man den pragmatischeren Weg der unterschiedlichen Dimensionen, der sich eher intuitiv auf die Problemlage bezogen gestalte.

Zweitens stelle sich hinsichtlich der Bedeutung einzelner Indikatoren beispielsweise beim Bruttoinlandsprodukt die Frage, inwieweit das BIP auch mit anderen Indikatoren hochkorreliert sei. Man stelle immer wieder fest, dass einige Indikatoren im internationalen Raum im Bereich der Lebensqualität mit dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hochkorreliert seien. Seine Anregung sei, dass man bei der Auswahl anderer Indikatoren darauf einen Seitenblick werfe. Ein Indikator helfe dann von seinem spezifischen Thema her nicht weiter, wenn er einen Korrelationskoeffizienten von annähernd eins mit dem Bruttoinlandsprodukt besitze, da dann der zusätzliche Informationsgehalt relativ gering ausfalle. Als zusätzlicher Indikator einer Dimension sei er demzufolge nutzlos. Diese Frage solle man bei weiteren Indikatoren stets systematisch im Auge behalten, bevor man sich für einen Indikator entscheide.

Drittens sei die Frage zu stellen, was diese Indikatoren messen sollten. Er treffe die intuitive Unterscheidung zwischen Indikatoren, die universale Werte betreffen wie z. B. die Lebenserwartung, auf die in den meisten Ge-

sellschaften in der Regel Wert gelegt werde. Darüber hinaus gebe es z. B. auf dem Gebiet des Wohnungseigentums große Unterschiede im Platzbedürfnis der Menschen in Asien und Europa. So sei die Frage, ob man Wohnungseigentum inne habe oder in einer großen oder kleinen Wohnung wohne bzw. in dicht besiedelten oder weniger dicht besiedelten Gebieten wohne, eine Frage der Präferenzen. In diesen Fällen sei das Bruttoinlandsprodukt vorteilhaft, da es anzeige, was die Menschen bereit seien, für bestimmte Charakteristika von Gütern zu zahlen. Insofern rege er an, Punkte des universalen Einverständnisses über gewisse Werte von der Frage der Präferenzen zu unterscheiden. Damit solle man die jeweiligen Indikatoren überprüfen.

SV Dr. Norbert Reuter bemerkt, dass er als Mitglied der Projektgruppe 1 mit etwas Neid auf den Zwischenbericht der Projektgruppe 2 schaue. In Letzterem seien Aspekte enthalten, die scheinbar in der Projektgruppe 2 ausführlich diskutiert worden seien, was in dieser Form in der Projektgruppe 1 nicht oder nur problembehaftet möglich gewesen sei. Insofern werde man von der Projektgruppe 1 keine bessere Definition des Bruttoinlandsprodukts erhalten als die im Bericht der Projektgruppe 2 bereits enthaltene. Des Weiteren werde keine nur annähernd so vorzügliche Kritik am Bruttoinlandsprodukt aus der Projektgruppe 1 ergehen. Das Wissen über diesen Bericht innerhalb der Projektgruppe 1 an früherer Stelle hätte seiner Meinung nach einige Debatten erspart, da man in diesem Fall auf das Wissen der Projektgruppe 2 hätte zurückgreifen können.

Sodann hebt er die Bedeutung hervor, die in dem Bericht der Vermögenssituation privater Haushalte gegeben werde. Er habe positiv aufgenommen, dass schon sehr früh die Vermögenssituation privater Haushalte angesprochen werde und diese in den Zusammenhang der Staatsverschuldung gestellt werde. Genau diese Debatte gerate in der Öffentlichkeit leider aus dem Blick. Die Staatsverschuldung stelle zumindest in Deutschland zu einem großen Teil nur die Gegenposition zum Vermögen der privaten Haushalte dar. Mit Blick auf das weitere Vorgehen in dieser Projektgruppe bitte er, bei der Betrachtung der Staatsverschuldung als einen Indikator automatisch die Entwicklung der Vermögen der privaten Haushalte im Blick zu behalten. Der Bevölkerung sei seiner Meinung nach nicht klar, dass ein Abbau der Staatsverschuldung notwendigerweise auch den Abbau von Vermögen bedeute. Beide Aspekte entsprächen sich bilanziell. Er habe mit Verwunderung festgestellt, dass das Vermögensquartett von SV Prof. Dr. Miegel zu einem Quintett angewachsen sei, in dem nun auch die Staatsverschuldung enthalten sei.

Seiner Meinung nach müsse man es entweder bei einem Quartett belassen oder ein Sextett erschaffen, in das man die Vermögenssituation noch zusätzlich integriere. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Staatsverschuldung und privatem Vermögen schaue er ungern auf nur einen der beiden Aspekte. Mit dem Blick auf die Staatsverschuldung eines Landes müsse somit der Blick auf die Vermögenssituation und damit auch auf die Verteilungssituation innerhalb eines Landes einhergehen. Dieser Punkt sei auch gerade nicht mit dem Bruttoinlandsprodukt hoch korreliert.

Darauf folgend lobt er, dass im Bericht bei der Frage der Entwicklung deutlich gemacht werde, dass die Unterscheidung zwischen Quantität und Qualität nur schwer zu vollziehen sei. In der Projektgruppe 1 habe man lange Debatten darüber geführt, ob mit einer Bruttoinlandsproduktsteigerung ausschließlich eine Qualitätssteigerung einhergehe. Seiner Meinung nach müsse man in der Enquete-Kommission vorwärts kommen und die Fragestellung beantworten, ob Wachstum automatisch eine Qualitätsverbesserung darstelle oder man eine zusätzliche Bewertung brauche, um eine Wohlstands- oder Lebensqualitätssteigerung zu verzeichnen. Diese Debatte müsse weiterverfolgt werden, um am Ende der Enquete-Kommission ein deutlicheres Ergebnis zu liefern.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein schließt sich dem Lob von SV Dr. Reuter an. Der vorgelegte Bericht fasse viele Dinge sehr prägnant zusammen. Damit erhöhe er auch den Kenntnisstand der gesamten Enquete-Kommission, da man nicht auf Grundsatzfragen zurückgehe, die seiner Erfahrung nach beispielsweise die Arbeit der Projektgruppe 1 beeinträchtigt hätten. Im Hinblick auf die Verabschiedung des Berichtes bemerkt er, dass dieser vor allem im Punkt 1.3 bei der Feststellung der Ergebnisse noch relativ dünn ausfalle, was nicht als Kritik, sondern als reine Feststellung aufgenommen werden solle. Fraglich sei, ob man den Bericht in dieser Form bereits verabschieden könne bzw. was die Folgen einer Verabschiedung mit sich bringen würden. Bislang seien unsichere Aspekte enthalten. Bei spekulativen Äußerungen müsse klar werden, dass es sich dabei nicht um Vorfestlegungen handele. Die Sprache gebe darüber nicht immer Auskunft. Fraglich sei, ob die Kategorien gesellschaftlicher Zusammenhalt, Einkommensverteilung, ökologische oder ökonomische Nachhaltigkeit schon beschlossen seien oder weiterhin debattiert würden. Ferner beinhalte der Bericht, dass für die Diskussion der einzelnen Indikatoren wesentlich sei, dass die Daten auf internationaler Ebene zeitnah verfügbar seien. Er sei sich nicht sicher, ob dies bei der Auswahl immer das wesentliche Leitmotiv darstellen solle. Fraglich

sei, warum man nicht Daten erheben lassen könne bzw. das Statistische Bundesamt vom Bundestag beauftragt werde, wenn man der Ansicht sei, es gebe einen Indikator. Des Weiteren sei ungewiss, warum eine bestimmte Zeitschiene bei der Verfügbarkeit eine Rolle spiele. Es gebe dagegen viele Indikatoren, die erst seit kurzer Zeit erhoben würden. Durch Einsehen des von Abg. Frau Vogelsang (CDU/CSU) beauftragten Beitrags des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages merke man, wie viele interessante Daten erst seit kurzer Zeit erhoben würden. Dies treffe bei der Einkommensverteilung, beim Armutsrisiko, bei der frühkindlichen Erziehung oder bei der Feinstaubentwicklung zu. Wenn man diese Indikatoren allesamt fallen lasse, könne er dies nicht teilen.

Zusammenfassend seien die Schlüsselnachrichten seines Beitrags die Folgenden: Erstens wolle er sich noch nicht auf die genannten Dimensionen festlegen. Schließlich hätten die Beiträge von der Abg. Frau Vogelsang (CDU/CSU) nicht mit denen von SV Prof. Dr. Schmidt und SV Prof. Dr. Jochimsen komplett übereingestimmt. Insofern müsse man sich auf einen Text verständigen, der Klarheit schaffe. Zweitens könne man auch Indikatoren neu erheben lassen. Drittens solle man bei der Schaffung neuer Indikatoren das Statistische Bundesamt als unabhängige Institution beauftragen, die notwendigen Daten zu erheben.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) erwidert, man habe an dem Punkt 1.3 auch am längsten diskutiert. Dies falle anhand von Formulierungen möglicherweise auch sprachlich auf. Wichtig sei gewesen, einerseits von der gesamten Enquete-Kommission eine Art Starterlaubnis zu erhalten, um zu sehen, dass die Arbeitsrichtung der Projektgruppe mit der Meinung der Enquete-Kommission im Einklang stehe. In diesem Zusammenhang verweist sie auf das Bild von der Vorsitzenden Daniela Kolbe (SPD), dass noch nichts in Zement gegossen, sondern lediglich die Pfeiler aufgestellt seien. Dies werde anhand der Formulierungen im Bericht deutlich. Hinsichtlich internationaler Daten habe andererseits die Vergleichbarkeit im Mittelpunkt gestanden. Dabei sei der temporäre Faktor äußerst praktisch, da man eine Entwicklung sehen könne. Dies bedürfe aber keiner dreißig, sondern weniger Jahre, um Bewegungen ablesen zu können. Es werde jedoch kein Indikator, der in seiner inhaltlichen Qualität bei der Definition einer Dimension als entscheidend befunden werde, aus dem Indikatorenbündel herausfallen, weil er keinen temporären oder internationalen Aspekt beinhalte.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein bemerkt, die Abg. Frau Vogelsang (CDU/CSU) habe vorher sehr stark auf die temporäre Dimension Bezug genommen. Nach ihrem letzten Beitrag sei für ihn dieser Punkt jedoch geklärt.

SV Prof. Dr. Gert Wagner merkt zur internationalen und intertemporalen Vergleichbarkeit an, dass es naheliege, sich bei der Entscheidung zwischen zwei Indikatoren, von denen nur einer international vergleichbar sei, für diesen zu entscheiden. Das Gleiche gelte für die intertemporale Dimension. Nichtsdestotrotz bestehe keinerlei Zwang in dieser Richtung, weshalb auch die Governance der amtlichen Statistik ein Thema sei. Man müsse sich darüber Gedanken machen, welche Indikatoren man neu erschaffen könne. Dazu gehöre aber auch gleichzeitig, dass man dabei den Gedanken der Durchführbarkeit auf Europäischer Ebene mitberücksichtige. Ferner kritisiert er die Aussage des SV Prof. Dr. Enderlein, dass das Statistische Bundesamt eine unabhängige Organisation darstelle. In diesem Falle sei eine Beauftragung nicht möglich. Aufgrund dieses schwierigen Abwägungsprozesses müsse man sich mit der Governance der amtlichen Statistik beschäftigen.

Abg. Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bekräftigt die Aussage der Abg. Frau Vogelsang (CDU/CSU), dass es sich nicht um eine verbindliche Vorfestlegung handele. Man habe dabei, statt sich zu diesem Punkt gar nicht zu äußern, eine gewisse Blickrichtung aufzeigen wollen. Daraus resultierten auch die überaus vorsichtigen Formulierungen. Eine grundsätzliche Zustimmung zu dem System aus Dimensionen und Indikatoren sowie für das Bestreben nach einer internationalen Vergleichbarkeit sei für die Projektgruppe unbedingt notwendig. Schließlich stelle der Zwischenbericht nicht die Endfassung dar. Somit gehe es lediglich um die Arbeitsbasis der Projektgruppe.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel unterstützt das Anliegen des SV Prof. Dr. Paqué zur Korrelation von Indikatoren. Dieser Punkt sei seiner Meinung nach überaus wichtig. Man müsse demnach jedes Mal prüfen, welche zusätzlichen Informationen ein Indikator transportiere. Man solle keinesfalls versuchen, einen Sachverhalt durch einen zusätzlichen unnötigen Indikator aufzuklären. Ferner nimmt er Bezug zu den Aussagen des SV Dr. Reuter. Es werde zunehmend behauptet, dass die öffentliche Verschuldung die Kehrseite des privaten Reichtums sei und umgekehrt. Empirisch sei dies nicht haltbar. Es gebe hingegen Gesellschaften, deren Bürger sehr wohlhabend seien, während der Staat fast schuldenfrei sei. Des Weiteren existierten von staatlicher Seite hoch verschuldete Gesellschaften, während die privaten Haushalte ebenfalls

hoch verschuldet seien. Darüber hinaus gebe es eine weitere Kombination, die in Deutschland wiederzufinden sei. Dabei sei der Staat hoch verschuldet, während die privaten Haushalte erhebliche Vermögen angesammelt hätten. Man könne nicht behaupten, dass sich diese beiden Faktoren gegeneinander aufrechnen ließen. Auch das Verfassungsgericht untersage eine solche Aufrechnung. Man müsse vielmehr genau im Blick behalten, dass die Frage des Vermögens im privaten Bereich eine Verteilungsfrage sei. Dabei müsse man sehr genau betrachten, was möglicherweise bei der Verteilung misslinge. Dies dürfe man jedoch nicht mit der Problematik der Staatsverschuldung vermengen. Diese beiden grundlegend unterschiedlichen Gedanken solle man in einem System von Dimensionen und Indikatoren zur Untermauerung eines Wohlstandskonzeptes sorgfältig voneinander trennen.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) bemerkt hinsichtlich der internationalen Vergleichbarkeit, dass der Bericht diesbezüglich insbesondere auf S. 7 eine sehr klare Sprache eingenommen habe. Das Bruttoinlandsprodukt sei nie als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand bestimmt gewesen. Es werde vielmehr stets auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes bezogen. Die methodischen und technischen Schwächen des Bruttoinlandsprodukts seien zudem anerkannt. Eine Bereicherung der Indikatoren mache seiner Auffassung nach nur dann Sinn, wenn der internationale Kontext eine Rolle spiele.

Bei dem Beispiel der Allmende des SV Prof. Dr. Bettzüge, insbesondere wenn beispielsweise die Atmosphäre als Deponieraum für Emissionen gemessen werde, spiele die unterschiedliche Größenordnung der Beiträge der Länder sehr wohl eine Rolle. Dies gelte abseits der Umweltressourcen auch für andere Aspekte.

Er geht sodann auf das Beispiel des Abg. Dr. Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Frage des Wasserzugangs in Myanmar ein. Hier sei eine Differenzierung notwendig. So gestalte sich diese Thematik in den Mittelgebirgen Deutschlands mit vielen Talsperren anders. Fraglich sei auch, in welcher Größe ein solcher Indikator in die drei Dimensionen eingehe. Er befürworte die Einführung eines Aktivitätsindikators, der ausweise, wie viel die einzelnen Länder zu einer Verbesserung beigetragen hätten. Dies sei auch unter dem Aspekt interessant, dass es Länder gebe, die Anstrengungen unternähmen, und wiederum andere, die keinerlei Anstrengungen unternähmen, was aus den Verhandlungen der Weltklimakonferenz immer wieder hervorgehe. Dies stelle durchaus ein Signal dar, dass sich auf die einzelnen Länder transformieren lasse.

Des Weiteren stimme er mit den vorgeschlagenen Dimensionen durchaus überein. Er wolle jedoch darüber hinaus erinnern, dass die den Verhandlungen folgenden Bürgerinnen und Bürger die Erwartung hätten, dass die Indikatoren oder auch die Dimensionen als Anknüpfungspunkt oder Tatbestandsmerkmal eines Rechtssatzes dienen könnten. Fraglich sei insofern, ob dieses Ziel realistisch sei bzw. ob diese Indikatoren nur einen Informationswert und einen Auslöser für eine Aktivität auf der politischen Ebene darstellten oder ob sie selbst schon geeignet seien, einen justiziablen Bestandteil eines Rechtssatzes zu bilden. Allein die Diskussion über Preisklauseln zeige schon die Schwierigkeiten auf.

Schließlich sei der Wert der internationalen Vergleichbarkeit mit unterschiedlichen Indikatorensätzen für Gesellschaften bei der Frage, wie politisches Handeln auf internationaler Ebene – u. a. auch bei der Weltklimakonferenz – zu Lösungen führen könne, relevant.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) gibt zu bedenken, dass die Veröffentlichung des Zwischenberichtes auch eine Art Orientierungshilfe für die Projektgruppe 2 geben solle. Dabei gehe es vor allem darum, inwieweit der Bericht auf die Zustimmung der gesamten Enquete-Kommission stoße bzw. welche Anregungen gegeben werden könnten. In diesem Zusammenhang möchte sie sich dem Lob für die Projektgruppe anschließen. Sie halte den Zwischenbericht in zweierlei Hinsicht für gelungen. Zum einen stelle er tatsächlich die international vorhandenen Modelle vor, was aufgrund des Punktes der internationalen Vergleichbarkeit von Relevanz sei. Zum anderen habe man in dem Bericht vor allem anfangs sehr deutlich beschrieben, was die eigentliche Zielsetzung sei. Sie teile ausdrücklich die Beiträge von Frau Vogelsang und anderen, dass ein Vorschlag den Anspruch der Kommunizierbarkeit sowie der gesellschaftlichen Relevanz erfüllen müsse. Sie halte den Weg, zunächst Dimensionen vorzuschlagen, für richtig. Diese müssten genau die erwähnte Relevanz für die Menschen widerspiegeln und aufgreifen. Die Benennung von Leitindikatoren und Warnlampen zur Ausgestaltung und Unterlegung der Dimensionen halte sie für das richtige Verfahren und einen guten Weg.

Hinsichtlich der konkreten Dimensionen sei ihr wichtig, dass die Projektgruppe 2, nachdem sie die einzelnen Dimensionen innerhalb der Gruppe diskutiert habe, auch in der gesamten Enquete-Kommission darüber berichte. Dies sei auch für die Arbeit der anderen Projektgruppen wichtig. Sie wolle gerne bei der Diskussion über die Füllung der Dimension „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ mitwirken. Fraglich sei bereits die Begriffswahl bzw. Fragen,

etwa, ob man die Verteilungsgerechtigkeit miteinbeziehe. Es sei sinnvoll, diese Diskussion auch in der gesamten Enquete-Kommission zu führen.

Mit Blick auf die Gewichtung der Indikatoren befürworte sie, dass die Projektgruppe 2 auch über die Resultate bezüglich der gefundenen Leitindikatoren berichte. Die Gewichtung der Leitindikatoren sei eine äußerst wichtige Aufgabe.

Ferner stelle die internationale Vergleichbarkeit einen signifikanten Gesichtspunkt dar. Man dürfe ihn dennoch nicht so eng fassen, dass man nur auf die bisherigen internationalen Entwicklungen schaue. Stattdessen müsse man auch die Änderungen in der Statistik im internationalen Rahmen berücksichtigen.

Schließlich wünsche sie sich, dass man die Diskussion mit Herrn Hahlen zum Thema Governance der amtlichen Statistik zum Thema der gesamten Enquete-Kommission mache. Zwar betreffe das Thema insbesondere die Projektgruppe 2, es besitze jedoch gleichzeitig auch eine große Relevanz für die gesamte Enquete-Kommission, insbesondere die anderen Projektgruppen. Wünschenswert sei zudem, dass man aus den Resultaten der in der Enquete-Kommission erfolgenden Arbeit eine Weiterentwicklung der amtlichen Statistik ableite. Während der Zeit als Ministerin habe sie auf unterschiedlichste Erhebungsgrundlagen und Methoden für die Forschungsausgaben des privaten und des öffentlichen Sektors zurückgreifen müssen. Dies sei zwar daraufhin verändert worden, es seien jedoch nicht alle Unstimmigkeiten gänzlich beseitigt. Sie schlägt daher vor, dieses immer wieder für die Enquete-Kommission relevante Thema im April in der gesamten Enquete-Sitzung vorzutragen und damit eine Verbindung herzustellen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) erwägt, das Thema der amtlichen Statistik mit in die Obleuterunde einzubringen.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lobt die Arbeit der Projektgruppe 2 sowie deren Bericht. Letzterer biete einen guten Überblick über die Menge an verfügbaren Indikatoren und Indikatorensystemen, was sehr hilfreich sei. Wenn man Laien zum Thema Bruttoinlandsprodukt befrage, erhalte man diametral gegensätzliche Antworten. Die eine Seite sehe die Wichtigkeit des Bruttoinlandsprodukts eher als gering an und befürworte, dass sich die Enquete-Kommission mit vermeintlich wichtigeren Dingen beschäftige. Die andere Seite betrachte das BIP als wesentlich, von dem auch der Erfolg der Enquete-Kommission abhängt. Die Wahrheit liege seiner Meinung nach wahrscheinlich dazwischen. Tatsache sei jedoch, dass die

Indikatoren äußerst unterschiedliche Funktionen erfüllten. Einerseits gäben sie Hinweise über den Zustand der Welt und den Zustand der Gesellschaft, andererseits seien sie auch handlungsleitend und bildeten Ziele.

Er weist darauf hin, dass das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 in Paragraph 1 ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum definiere. Dies sei somit auch neben der Preisniveaustabilität, einem hohen Beschäftigungsstand und dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht ein Ziel, das die Bundesregierung verfolgen solle. Es gehe hierbei nicht um einen Indikator als einfachen Hinweis, sondern um konkrete Ziele, die Regierungen mit bestem Wissen und Gewissen umzusetzen hätten. An diesen unterschiedlichen Aufgaben machten sich auch unterschiedliche Anforderungen fest. Wer möglichst viel über den Zustand von Umwelt und Gesellschaft wissen wolle, benötige einen möglichst großen Datensatz. Diesen stellten das Statistische Bundesamt, aber auch die 38 Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung. Damit seien jedoch normale Bürgerinnen und Bürger überfordert, da man dies nicht im Blick behalten könne. Bei der konkreten Verfolgung von Zielen seien viele Indikatoren ebenfalls hinderlich, da damit der Überblick leicht verloren gehe. Selbst das magische Viereck des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sei nicht konfliktfrei, da zwischen unterschiedlichen Zielvorgaben Abwägungen und Entscheidungen getroffen werden müssten. Insofern müsse eine möglichst weite Reduktion stattfinden. Dies sei auch für die dritte Aufgabe der Indikatoren wichtig, nämlich die Prägung des kulturellen, geisteswissenschaftlichen und gesellschaftlichen Klimas. Der SV Dr. Reuter habe in einer Sitzung bemerkt, dass die Börsenkurse Bestandteil der Nachrichtensendungen im abendlichen Fernsehen seien, obwohl nur etwa 10 Prozent der Deutschen überhaupt Aktien besäßen. Somit sei dies nicht gerechtfertigt. Andererseits seien sie seiner Meinung nach deswegen Bestandteil, damit sich das Klima in eine gewisse Richtung verändere. Er plädiere dafür, sich möglichst zu beschränken. Dies müsse nicht heißen, dass man auf einem bereits gefassten Set verharre. Das vom Denkwerk Zukunft des SV Prof. Dr. Miegel mitentwickelte Wohlstandsquartett sei demnach mittlerweile zu einem Wohlstandsquintett erweitert worden, da angesichts der Finanzkrise der Faktor der Schuldenquote der öffentlichen Hand dazugekommen sei. Somit sei eine flexible Handhabung möglich. Er plädiert dafür, jeder Dimension lediglich einen Indikator unterzuordnen, um dem Wohlstandsquartett oder -quintett möglichst nahezukommen, da kein kompilierter Wert innerhalb einer Dimension geschaffen werden solle. Wenn man beispielsweise vier Dimensionen kreiert habe und unter diese jeweils vier oder fünf Indikatoren

stelle, werde die ursprünglich intendierte Wirkung einer Reduktion konterkariert. Insofern sei möglichst ein Wert innerhalb jeder Dimension vorzugswürdig.

Darüber hinaus spricht er sich für einen subjektiven Indikator aus, nicht nur, weil dieser etwas über die Befindlichkeiten aussage, sondern auch die Dimension der Relevanz deutlich mache. Indikatoren hätten dann eine Wirkung, wenn die Menschen das Gefühl hätten, dass es sie betreffe. Bei den Glücks-, Zufriedenheits- oder Teilhabeindikatoren, also den subjektiven Indikatoren, sei die Aufmerksamkeit ungeheuer groß. Dies könne demnach sehr gut einen Gegenpol bilden zum alles dominierenden Bruttoinlandsprodukt oder der Arbeitslosenquote.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) bemerkt, die Übersicht über die verschiedenen Indikatoren im Bericht der Projektgruppe 2 sei sehr interessant und fördere das Nachdenken darüber, ob man noch Neues kreieren könne. Die Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse und die Darstellung der Dimensionen blieben jedoch hinter der Kritik zurück. Sie bittet, über die Berücksichtigung der Kritikpunkte bei der Schaffung neuer Lösungsansätze nachzudenken.

Sodann geht sie auf den Aspekt der Verteilung ein. Dabei sei die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ein wichtiger Aspekt. Der Zusammenhang zwischen Vermögen und Staatsverschuldung bestehe jedoch entgegen der Aussage des SV Prof. Dr. Miegel, da man auch fragen könne, ob die Finanzpolitik in der Lage gewesen sei, einerseits solche Vermögen und andererseits solche Schulden zu schaffen. Fraglich sei, ob es nicht Anlass gebe, sich mit dem Verhältnis von Vermögen und Staatsverschuldung in der Finanzpolitik auseinanderzusetzen.

Sie befürworte überdies ebenfalls eine Verdichtung. Sie stellt infrage, ob man innerhalb einer Dimension über eine Säule zu einer Verdichtung gelange, die möglicherweise Leitindikatoren oder Indikatoren innerhalb einer Dimension zu einem gewichteten Indikator zusammenführe, da man dann innerhalb der Dimensionen selber eine Art verdichtete Aussage erlange. Zweifelhaft sei, dass allein ein Indikator innerhalb einer Dimension ausreiche. Man könne jedoch einzelne Indikatoren innerhalb einer Dimension gewichten und zu einem Wert zusammenführen. Sodann gehe es nicht nur um die Kommunizierbarkeit und das Verständnis der Bevölkerung, sondern auch um den weiteren politischen Umgang mit den Indikatoren bzw. die Frage, welche Schlussfolgerungen daraus gezogen würden. Fraglich sei, ob es auch Zielformulierungen geben solle oder – vergleichbar mit der Nachhaltigkeits-

strategie – ein Kontrollbeirat eingesetzt werden solle. Diese Frage sei ausschlaggebend, um eine gewisse Relevanz der Indikatoren zu gewährleisten.

SV Dr. Norbert Reuter stimmt dem SV Prof. Dr. Miegel zu, dass hinsichtlich der Staatsverschuldung keine direkte Beziehung zwischen den Schulden und den privaten Haushalten bestehe. Nichtsdestotrotz bestehe ein gewisser Zusammenhang. Wenn ein Sektor sparen wolle, müsse er jemanden finden, der sich verschulde. Dies könne der Staat sein, aber auch Unternehmen oder das Ausland. In der Vergangenheit habe in Deutschland der Unternehmenssektor Überschüsse verzeichnet, so dass dieser sich nicht weiter verschulde. Ferner bewirke die Schuldenbremse, dass auch der Staat keine weiteren Schulden mehr aufnehmen dürfe. Dies führe dazu, dass dieser Sektor komplett als Schuldner der privaten Haushalte ausfalle. Gleichzeitig fordere man eine private Rente. Somit sollten die privaten Haushalte sparen. Er befürchte, dass die Ersparnisse auf der Suche nach Anlagen im Ausland landeten. Dies stelle einen Kapitalabfluss und somit eine sehr ungünstige Entwicklung dar, da dieses Geld nicht mehr im Inland verwendet würde. In diesem Fall sei solch ein Indikator möglicherweise kontraproduktiv, da er eine Politik anstoße, die in die falsche Richtung gehe, so dass sich Wohlstand durch Kapitalabfluss kostspielig auswirke. Er plädiert dafür, neben diesem Indikator auch andere Entwicklungen nicht aus dem Blick zu verlieren, so z. B. auch die Entwicklung der privaten Vermögen. Sein Anliegen sei, das Quintett zu einem Sextett zu erweitern.

SV Dietmar Hexel fragt, ob es bei der Betrachtung der Messsysteme, vor allem aber für den Sektor Arbeit, auch noch andere Größen gebe. Der Bereich der Arbeit und der Qualität der Arbeit sei bislang nicht enthalten. Er hinterfragt, ob der DGB-Index ‚Gute Arbeit‘ berücksichtigt worden sei bzw. ob dort Faktoren enthalten seien, die eine etwaige Anmerkung verdienten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) entgegnet, man habe durchaus die Qualität der Arbeit diskutiert und als wichtigen Punkt in die Zusammenfassung mit eingefügt.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel bemerkt, der Staat sei nicht der Schuldner der privaten Haushalte. Die privaten Haushalte seien vielmehr die Schuldner der Gläubiger. Der Staat verfüge über keine eigenen Mittel, da er jeden Euro den privaten Haushalten entziehen müsse. Die klassischen Grundsätze von Gläubiger und Schuldner gerieten im Falle des Staates völlig durcheinander und kämen daher nicht zur Anwendung.

Sodann verweist er auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Demnach sei Wachstum explizit ein Ziel der Politik. In der vorletzten Sitzung habe die Enquete-Kommission einstimmig bekundet, dass Wachstum ein Mittel sei und darüber hinaus nichts. Somit sei der Bewusstseins- und Diskussionsstand dieser Kommission *contra legem*. Dies müsse deutlich gemacht werden. Wenn man davon ausgehe – was er unterstütze –, dass Wachstum nur ein Mittel darstelle, müsse man definieren, wofür dies ein Mittel sei. Somit steht der Zweck des Wachstums in Frage. Man könne dieses Problem in keiner der Projektgruppen umgehen. Wenn Wachstum also ein Mittel sei, müsse man nach dem Ziel dieses Mittels fragen. Wenn es aber ein Ziel darstelle, sehe er eine völlig andere Diskussionsgrundlage.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué bekräftigt, dass Wachstum kein Ziel sei. Zwar stehe das Wachstum als Ziel im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, dies entspreche jedoch nicht der ursprünglichen Intention von Karl Schiller, der dies nie als letztes gesellschaftliches Ziel begriffen habe. Als Ökonom sei Schiller völlig klar gewesen, dass Wachstum kein Ziel darstelle, sondern vielmehr andere Ziele der Menschheit hinter dem Wachstum stünden. Man dürfe daher diese Thematik nicht zu sehr aufbauschen. Die Formulierung im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz trage immer noch den Geist der 1960er Jahre, der durchaus von der später enttäuschten keynesianischen Machbarkeitsvorstellung geprägt worden sei. Nichtsdestotrotz sei damit nicht in einem philosophischen Sinne gemeint, dass Wachstum bzw. der reine materielle Wohlstand ein Ziel darstelle. Die Erkenntnis, dass materieller Wohlstand ein Mittel zu weiteren Zielen sei, sei hingegen nicht sehr innovativ. Somit solle sie weder ein zentraler Gegenstand noch ein Ergebnis der Arbeit der Kommission werden.

SV Prof. Dr. Christoph Schmidt möchte an einem Beispiel erläutern, warum eine Verdichtung als Selbstzweck keinen Sinn ergebe. Die Kommission sei progressiver, als dass sie lediglich ein bestehendes Modell benutze und dieses in etwas verwandle. Vielmehr betrachte man verschiedene Dimensionen, in denen man jeweils um eine sparsame Repräsentationsweise der jeweiligen Dimension bemüht sei. Beim Beispiel des materiellen Wohlstands sei das BIP pro Kopf sowie ein Tragfähigkeitsindikator verwendet worden. Der Vorschlag einer weiteren Verdichtung stoße an die Grenzen der Sinnhaftigkeit derselben. Im Jahr 2012 habe das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei circa 1 Prozent real gelegen, während die Tragfähigkeitslücke 3 Prozent betragen habe. Die Tragfähigkeitslücke beim S2-Indikator frage danach, um wie viel man die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben,

also den Primärsaldo in Relation zur Wirtschaftsleistung, verändern müsse, damit man langfristig keine explodierenden öffentlichen Haushalte vorfinde. Dies ergebe einen Durchschnitt von 2 Prozent, wobei die Berechnung letztlich keinen Sinn ergebe. Wenn sich im folgenden Jahr das Bruttoinlandsprodukt von einem auf 2 Prozent erhöhe, während sich der S2-Indikator von 3 auf 2 Prozent verbessere, betrage der Indikator immer noch 2 Prozent. Die Denkweise, dass sich dann nichts verändert habe, sei vollkommen verfehlt. Ähnliche Rechenbeispiele ließen sich auch für andere Zusammenstellungen dieser beiden Indikatoren anstellen. Dies gelte es zu vermeiden, da es eine Beschreibung des Istzustandes, also eine Faktenbeschreibung darstelle. Die andere Aussage fordere dazu auf, mit diesen 3 Prozent bei keinerlei Veränderung in Rentensystem, sozialer Sicherung und anderen Stellschrauben entgegenzusteuern, während sich der demographische Wandel ohne Zuwanderung oder Änderungsmöglichkeiten bei der Erwerbsbeteiligung entfalte. Dabei bringe man zwei vollkommen unterschiedliche Ebenen zusammen, was keinen Sinn ergebe. Aufgabe sei festzustellen, wie weit man in der Verdichtung gehen könne, damit man noch in Worten ausdrücken könne, welche Aussage die Zahl treffe und inwieweit man vermeiden solle, eine Zahl zu kreieren, deren Inhalt keine Geschichte mitteilen könne. Der Wert 2 Prozent im Durchschnitt beinhalte keine ökonomisch sinnvolle Aussage.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt allen, die sich an der Diskussion beteiligt hätten. Das Lob sei bei der Projektgruppe 2 sicherlich als wohltuend und motivierend gleichermaßen angekommen. Die Anmerkungen, beispielsweise zur Korrelation einzelner Indikatoren, seien vernommen worden und würden mit aufgenommen werden. Sie erteilt der Abg. Vogelsang (CDU/CSU) das letzte Wort mit der Frage, wie man mit dem Bericht verfahren solle.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) bedankt sich bei allen, dass sie sich mit der Thematik befasst hätten. Die einzelnen Punkte und Wünsche seien aufgegriffen und vermerkt worden, so dass über diese Facetten diskutiert werde. Den Vorschlag der Abg. Bulmahn (SPD), über den Stand der Debatte hinsichtlich einzelner Dimensionen in der Gesamtenquête Bericht zu erstatten, werde sie gerne aufgreifen. In diesem Zuge dankt sie dem ganzen Sekretariat für die Betreuung, Umsetzung und Mitarbeit am Bericht.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) bittet sodann darum, als Enquete-Kommission in Gänze mit einer Beschlussfassung oder einem Arbeitsauftrag das Signal zu geben, dass dieser vorgelegte Bericht hiermit abgeschlossen sei.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) verweist auf die Aussage des SV Prof. Dr. Enderlein, dass mit dem Beschluss oder der Kenntnisnahme des Berichts der Auftrag ergehe, hinsichtlich der im Bericht bereits enthaltenen Ergebnisse in dieser Richtung weiterzuarbeiten, ohne dass man zu konkret eine Vorfestlegung durchführe. Vielmehr werde es einen Arbeitsprozess geben, der in dieser Richtung weiter verlaufe und über den regelmäßig berichtet werde.

Sie leitet damit die Abstimmung über den Berichts ein und bittet um Handzeichen der Mitglieder.

Der Bericht wird bei einer Enthaltung in dieser Form beschlossen.

Sie gratuliert schließlich den Mitgliedern der Projektgruppe 2. Sie weist ferner darauf hin, dass der vorgebrachte Bericht heute in geänderter Fassung beschlossen worden sei, da ein kleiner Satz auf S. 34 in Zeile 770 ohne wesentliche Bedeutung gestrichen worden sei.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 21. Mai 2012
"Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Unternehmen"

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) eröffnet sodann den Tagesordnungspunkt 2.

Dabei gehe es um den Beschluss einer Anhörung am 21. Mai 2012 mit dem Thema „Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmen“. Die Anhörung solle zwei Stunden dauern. Die Obleute hätten sich einvernehmlich auf die Sachverständigen Prof. Dr. Herbert Henzler von McKinsey, der jetzt Honorarprofessor an der LMU München sei, Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle, sowie Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink von der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main geeinigt.

Die Anhörung am 21. Mai 2012 wird mehrheitlich bei einer Enthaltung beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3

Berichte aus den Projektgruppen

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) berichtet aus der Projektgruppe 3. Man liege zwar nicht ganz im Zeitplan, aber doch sehr weit gekommen sei. Die Kapitel 1 und 2 seien mit Ausnahme des Punktes 2.4 innerhalb des zweiten Kapitels abgeschlossen worden. Kapitel 3 sei teilweise abgeschlossen. Ferner lägen gute Texte zu den Kapiteln 5 und 6 vor. Das die Schlussfolgerung beinhaltende Kapitel 7 sei in der Verantwortung von Abg. Dr. Heider (CSU/CSU) und ihm selbst in Bearbeitung. Es stünden noch drei Gruppensitzungen aus. Er sei zuversichtlich, dass alle Aufgaben in der verbleibenden Zeit erledigt werden könnten. Er erwarte ein Ergebnis, das der Kommission insgesamt weiterhelfe.

Abg. Claudia Bögel (FDP) berichtet, dass die Sitzung der Projektgruppe 1 aufgrund der Verhinderung vieler Sachverständiger ausgefallen sei.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass von elf Mitgliedern heute drei Mitglieder gefehlt hätten. Am Donnerstag sei die Gruppensitzung von manchen Experten aufgrund von Krankheit und Vorlesungen abgesagt worden. Nach seinem Kenntnisstand werde diese Sitzung jedoch nicht nachgeholt. Dies erfolge in einer Situation, in der man sich in einer intensiven inhaltlichen Debatte befinde. Er sehe die Absagen, aber insbesondere die Tatsache, dass dieser Termin nicht nachgeholt werde, sondern die Papiere im Umlaufverfahren diskutiert werden sollten, als einen wirklichen Affront der Arbeit. Er könne dies nur in der Weise verstehen, dass kein Interesse daran bestehe, die sicher vorhandenen starken Differenzen in einer offenen Debatte zu lösen oder nicht zu lösen, aber zumindest so anzusprechen, dass man die Gegensätzlichkeit der Argumente zur Kenntnis nehme. Er könne sich nicht vorstellen, dass man in einer verbleibenden Sitzung gedeihlich das Thema so zum Ende führe, dass ein gemeinsames Ergebnis daraus resultiere. Er sei in der Tat konsterniert, dass keine Ersatztermine gefunden würden, um das Thema weiter voranzubringen. Inhaltlich sehe er, dass kein Bedürfnis oder kein Wille bestehe, das Thema wirklich zu diskutieren.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt für die deutlichen Worte. Das Thema werde in der morgigen Obleutebesprechung behandelt. Sie erwartet einen regen Austausch der Fraktionen über das weitere Vorgehen.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein bemerkt, es gehe nicht um einen Konflikt, sondern um den Wert der Arbeit der Projektgruppe 1 für die Gesamt-enquete. Heute habe man in einem Bericht gesehen, dass die Themen, die eigentlich Themen der Projektgruppe 1 gewesen seien, in der Projektgruppe 2 relativ schnell, sachlich und pragmatisch abgearbeitet worden seien. Er habe ebenfalls das Gefühl, dass der Wille gar nicht bestehe, diese Arbeit konstruktiv zu Ende zu führen. Innerhalb der Projektgruppe 1 lägen immer noch zwölf Texte zur abschließenden Bearbeitung vor. Dass man vor dem Hintergrund, dass drei Kolleginnen und Kollegen krank seien, keine Sitzung anberaume, sei zwar akzeptabel, jedoch müsse man sich fragen, ob man nicht auch mit Mandaten, Vollmachten oder Datenumlaufverfahren arbeiten könne. Der Hinweis, dass die Tagesordnung nur einen Punkt umfasste hätte, sei nicht nachvollziehbar. Er sei überrascht, dass man sich den Tag frei gehalten habe und man nicht die Gelegenheit zum Arbeiten erhalte. Dies sei kein Konflikt, sondern frustrierend.

Abg. Claudia Bögel (FDP) bemerkt, sie könne die Verärgerung nachvollziehen, ihr seien jedoch am Donnerstag die Hände gebunden gewesen. Sie habe keinen Sinn darin gesehen, monologisch Texte zu bearbeiten, während die Hauptautoren dieser Texte nicht anwesend seien. Ferner habe diese Diskussion nicht im Plenum stattzufinden, sondern in der Obleuterunde bzw. in der Projektgruppe 1. Dies sei wesentlich zielführender.

SV Dr. Norbert Reuter bekundet, diese Debatte gehöre explizit ins Plenum, da die Projektgruppe 1 ein wichtiges Element dieser Enquete-Kommission darstelle. Auch er empfinde, dass an den Ergebnissen kein Interesse bestehe, und dass leichtfertig die Projektgruppensitzung abgesagt worden sei. Man habe sich lange auf diesen Termin geeinigt und diesen Termin freigehalten, während man andere Termine deswegen abgesagt habe. In der Vergangenheit habe man immer bei Abwesenheit einen Ersatz gefunden, der anstelle des Abwesenden die Debatte geführt habe, und ein Protokoll oder sogar einen Mitschnitt an den Abwesenden gesendet. Es habe immer Lösungen gegeben, die einen Ausfall der Sitzung verhinderten. Die Kombination mit der Tatsache, dass kein Ersatztermin gefunden worden sei bzw. dass die Arbeit der Projektgruppe 1 nun beendet sei oder im Umlaufverfahren Texte besprochen würden, widerspreche dem Wesen dieser Enquete-Kommission. Dies sei in der Tat sehr enttäuschend, zumal in der Projektgruppe sehr viele Punkte verblieben seien, die noch ausdiskutiert werden müssten.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) weist darauf hin, dass man in absehbarer Zeit den Endbericht der Projektgruppe 1 diskutieren werde. Zudem habe die Vorsitzende zur morgigen Obleuterunde eingeladen, die einen geeigneteren Ort für diese Debatte darstelle.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué stimmt der Abg. Vogelsang (CDU/CSU) zu, dass diese Debatte nicht an diesen Ort gehöre. Da die Debatte aber bereits aufgegriffen worden sei, wolle er als anwesender Sachverständiger der Projektgruppe 1 seinen Teil dazu beitragen. Die Situation sei tatsächlich unvoreteilhaft gewesen, zumal der SV Prof. Dr. Carstensen als maßgeblicher Autor abwesend gewesen sei. Er weist darauf hin, dass relativ viele Papiere von der Koalitionsseite geschrieben worden seien. Zudem habe sich SV Prof. Dr. Enderlein lediglich an einem Papier beteiligt, darüber hinaus aber noch nicht viel geschrieben. Ferner habe die Opposition jede Möglichkeit, die Projektgruppe 1 länger arbeiten zu lassen, ausgeschlossen, da die Abg. Bulmahn (SPD) darauf gedrängt habe, mit der Projektgruppe 4 zu beginnen. Er halte es für sinnvoll, wenn die Projektgruppe 1 noch länger tage. Von vornherein habe er den aufgebauten Termindruck für nicht sinnvoll gehalten.

Zudem empfinde er es als merkwürdig, wenn der fundamentale Unterschied zwischen der Arbeit der Projektgruppe 2 und der Projektgruppe 1 nicht deutlich gemacht werde. Bei allem Respekt und hoher Anerkennung für die Arbeit der Projektgruppe 2 sei das Thema der Indikatoren weit weniger politisch und weltanschaulich aufgeladen im Vergleich zum Stellenwert des Wachstums innerhalb einer Gesellschaft. Letzteres stelle ein ganz fundamentales Thema dar. Mit einem eng gesetzten Terminplan dürfe man keinen einfachen Arbeitsprozess erwarten.

Er appelliert dafür, der Projektgruppe 1 mehr Zeit einzuräumen, so dass die Möglichkeit bestehe, mit der Opposition zu einem Konsens zu kommen. Die Tatsache, dass der heutige Termin aufgrund der Abwesenheit einer maßgeblich beteiligten Person ausgefallen sei, sei zwar bedauerlich, habe aber nichts damit zu tun, dass die Koalitionsseite nicht konstruktiv in dieser Projektgruppe arbeite.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf.

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Sie schließt die Sitzung um 17.45 Uhr.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

Bü/Pe/We



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende